

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Neugasse 2, 69117 Heidelberg
Postadresse: 69035 Heidelberg, Postf. 10 45 60, Internet:
<http://www.rnz.de>. Erscheint werktäglich in 9 Ausgaben



Zustell-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 13 00, Fax 5 19 - 9 13 00.
Anzeigen-Aannahme: Tel. (0 62 21) 5 19 - 11 90, Fax 5 19 - 9 11 50.
Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 0, Fax 5 19 - 9 50 00.

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

72. Jahrgang / Nr. 152

Montag, 4. Juli 2016

Einzelpreis 1,70 €

Für 2,5 Millionen reicht ein Job nicht

Die Zahl der Hinzuverdiener stieg seit 2004 um 77 Prozent – Europaweit nimmt die Armut zu

Von Rasmus Buchsteiner, RNZ Berlin

Berlin. Immer mehr Beschäftigte in Deutschland haben einen Zweitjob. Die Zahl der Arbeitnehmer, die jeweils zum Stichtag 30. Juni, neben einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zusätzlich in einem Minijob tätig waren, ist von 1,4 Millionen im Jahr 2004 (also vor dem Inkrafttreten der Harz-Reformen) auf knapp 2,5 Millionen im Jahr 2015 gestiegen. Das entspricht einem Plus von 77,4 Prozent. Das geht es aus einer Aufstellung der Bundesagentur für Arbeit hervor, die unserer Berliner Redaktion vorliegt und von der Linken-Arbeitsmarkt-Expertin im Bundestag, Sabine Zimmermann, in Auftrag gegeben worden war.

Demnach waren 2015 von 2,47 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit zusätzlichem Minijob rund 1,4 Millionen Frauen (56,1 Prozent) und 1,08 Millionen Männer (43,9 Prozent). 8,1 Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland haben den Zahlen zufolge einen Minijob zusätzlich zu einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. In Baden-Württemberg stieg die Zahl von 262 000 im Jahr 2004 auf 455 223 im vergangenen Jahr.

„Für immer mehr Beschäftigte reicht ihr Einkommen aus einem Job nicht aus, und sie müssen sich mit einem Minijob etwas dazu verdienen“, erklärte Linken-Expertin Zimmermann im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion. „Die aller-

meisten nehmen einen Zweitjob aus finanzieller Not auf und nicht freiwillig, wie manche das behaupten.“ Die Zunahme von Zweitjobs sei „ein dringendes Alarmzeichen“, dass die Qualität der Beschäftigungsmöglichkeiten abnehme. Zimmermann plädiert für einen gesetzlichen Mindestlohn von zwölf Euro pro Stunde.

Zimmermann wertete außerdem Daten des Statistikamtes Eurostat aus und kam zu dem Schluss, dass die EU weit von ihrem Ziel entfernt ist, die Zahl der von Armut bedrohten Menschen in Europa bis 2020 deutlich zu senken. Der Wert sollte bis dahin von mehr als 118 Millionen im Jahr 2010 auf weniger als 100 Millionen gesenkt werden. Stattdessen ist er auf 122 Millionen Menschen gestiegen.